

Immigranten loswerden, aus Angst vor Mischehen. Über Menschenrechte wird mittlerweile verächtlich gesprochen.

**SPIEGEL:** Das klingt recht düster.

**Illouz:** Die einzige Antwort darauf wäre der Zusammenschluss derer, die die Demokratie verteidigen wollen. Denn es geht nicht mehr allein um rechts oder links, sondern um etwas viel Wichtigeres: um den Erhalt der Demokratie in Israel. Denn die Radikalen schämen sich nicht mehr, ihre Ansichten laut zu verbreiten und Andersgesinnte zu bedrohen. Dabei bedeuten diese rassistischen und faschistischen Elemente eine genauso große Gefahr für Israels Sicherheit wie seine äußeren Feinde.

**SPIEGEL:** Auch Gegner Israels argumentieren, das Land sei nicht demokratisch. Stören Sie diese Angriffe von außen manchmal?

**Illouz:** Trotz all meiner Kritik und meiner Aversion gegen die israelische Arroganz bin ich schon oft verblüfft, dass an Israel immer besondere Maßstäbe angelegt werden. Was passiert denn in Syrien, im Irak oder in Nigeria? Warum demonstrieren die Menschen nicht auch dagegen? Selbst die USA haben eine recht verheerende Menschenrechtsbilanz außerhalb der eigenen Grenzen vorzuweisen. Wo sind all die Intellektuellen, die die USA boykottieren?

**SPIEGEL:** Befürworten Sie denn den Militäreinsatz im Gaza-Streifen?

**Illouz:** Nein, das tue ich nicht. Nicht etwa, weil ich Pazifistin wäre – das bin ich nicht. Manchmal muss man militärische Mittel anwenden. Aber ich bin gegen diese Operation, weil es vorher keinen politischen Prozess gab. Netanjahu hat kein Interesse an einer politischen Einigung. Er hat Palästinenserpräsident Mahmud Abbas geschadet, wo er nur konnte. Ich persönlich weigere mich, die Palästinenser als Feinde zu sehen. Ich lehne es ab, sie weiter zu dominieren, und ich lehne es ab, ihnen ein normales Leben zu verweigern. Israel war nie als Siedlungsunternehmen gedacht; das zionistische Vorhaben wurde total verzerrt. Ein Großteil der Israelis glaubt inzwischen, wir könnten die Palästinenser auf lange Sicht kontrollieren und unterdrücken.

**SPIEGEL:** Ist das die Folge von 47 Jahren Besatzung: dieses Gefühl, keine Zugeständnisse mehr machen zu müssen?

**Illouz:** Ja, aber wir Israelis zahlen einen hohen Preis dafür, ohne es zu merken: Wir wissen nicht mehr, wie es sich anfühlt, in einer friedlichen Gesellschaft zu leben. Wir weigern uns, die Verbindung zu sehen zwischen einem immer schwerer aufrechtzuerhaltenden Lebensstandard und dem Besatzungsregime, das einen Löwenanteil der Steuergelder verschlingt. In der Psychologie bezeichnet man das als kognitive Dissonanz. Ein Großteil der israelischen Gesellschaft ist abgestumpft. Nicht nur gegenüber dem Leid der anderen, auch gegenüber dem eigenen Leiden.

Interview: Julia Amalia Heyer

## Der tapferere Missionar

**USA** John Kerry eilt als Weltaußenminister erfolglos von Krise zu Krise. Sein Scheitern zeigt, was passiert, wenn die einzige Supermacht keine Supermacht mehr sein will. *Von Holger Stark*

**M**an kann im Nahen Osten schnell zum Terroristen werden, selbst dann, wenn man der Außenminister der USA ist. Tagelang pendelte John Kerry vergangene Woche zwischen Kairo, Jerusalem und Ramallah, um einen Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas in Gaza-Streifen zu vermitteln. Und dann dies: Ranghohe Politiker in Jerusalem sähen in Kerrys Vorschlag für einen Waffenstillstand einen „strategischen Terroranschlag“, berichtete die israelische Tageszeitung *Haaretz*.

Dabei hatte Kerry alles versucht und einen im Grunde sinnvollen Vorschlag vorgelegt: eine Feuerpause, während der Verhandlungen über einen langfristigen Waffenstillstand geführt werden sollten. Doch zum Dank wurde er mit Häme überschüttet. Jerusalem lehnte wütend ab, der Plan enthalte nur Forderungen der Hamas.

Kurz darauf wurde es noch schlimmer. Der israelische Sender Channel 1 veröffentlichte den angeblichen Wortlaut eines in aggressivem Ton geführten Telefonats zwischen Präsident Barack Obama und Premier Benjamin Netanjahu. Doch das Transkript war gefälscht.

Als Kerry Ende vergangener Woche dann doch einen 72-stündigen Waffenstillstand verkünden konnte, herrschte für kurze Zeit Hoffnung. Nicht einmal drei Stunden später war es damit schon wieder vorbei: Die Hamas hatte einen israelischen Soldaten entführt, die Kämpfe in Gaza gingen vorerst weiter.

Die Weltdiplomatie wirkt in diesen Tagen wie ein absurdes Theater, mit John Kerry in der Rolle des tragischen Helden. Er sehe nicht aus wie der Außenminister der Weltmacht, spottete *Haaretz*, sondern wie ein Außerirdischer, der gerade im Nahen Osten aus seinem Raumschiff gestiegen sei. Als Kerry vorige Woche in Washington über die Anfeindungen sprach, sagte er: „Man muss es einfach immer weiter versuchen.“

Die Hilflosigkeit des wichtigsten Außenministers der Welt zeigt, wie wenig Einfluss Amerika im Nahen Osten geblieben ist. Und mit jedem Scheitern schwindet auch der Einfluss im Rest der Welt ein bisschen mehr. In der Ukraine wird geschossen, mit Iran gibt es vorerst keine Einigung im Atomstreit, im Irak herrschen islamistische Terroristen über weite Teile des Landes – und die USA scheinen nicht in der Lage, etwas daran zu ändern.

Genau zehn Jahre ist es her, dass Kerry als Präsidentschaftskandidat nominiert wurde. Aber die Amerikaner wählten George W. Bush. Jetzt ist Kerry Außenminister, er ist angetreten, als Vermittler die großen Konflikte zu lösen, von Israel bis Iran. Er hat diese Themen mit seiner Person verknüpft, er braucht einen Erfolg, um in die Geschichte einzugehen. Aber er ist auch Außenminister in einer US-Regierung, die dabei ist, sich aus ihrer Rolle als globaler Hegemon zurückzuziehen. Mit Kerry verbindet sich die Frage, wie Amerikas Rolle im 21. Jahrhundert aussieht. Wie erfolgreich kann eine amerikanische Außenpolitik sein, die nicht mehr auf Panzer und Flugzeugträger baut, sondern auf die Macht der Worte?

Es ist ein Dienstag im Frühjahr, als John Kerry vom Ende des Friedensprozesses im Nahen Osten erzählt. Der Außenminister sitzt vor dem Auswärtigen Ausschuss des Senats in Washington, schwere Brokatvorhänge halten das Tageslicht fern. Kerry beschreibt sein Wochenende: Er saß daheim und wartete darauf, dass Israel einige palästinensische Gefangene entlässt, eine vereinbarte Geste des guten Willens, die eine Fortführung der Friedensgespräche ermöglichen sollte. Die Stunden vergingen. Kerry wurde unruhig. Aber die Israelis ließen die Gefangenen nicht frei, stattdessen kündigten sie den Ausbau von Siedlungen an. „Puff, das war der Augenblick“, sagt er und formt mit den Händen eine imaginäre Explosion.

Für einen Moment wirkt Kerry wie ein Kind, dessen Spielzeug kaputtgegangen ist. Der Friedensprozess war sein persönliches Projekt, er hat Monate in Ramallah und Tel Aviv verbracht, in Katar, Riad und Amman. Er wollte diesen Deal erzwingen und den Nahen Osten neu formen. Und dann hat es puff gemacht.

Kerry sieht makellos aus wie immer, marineblauer Nadelstreifenanzug, das silbergraue Haar dicht wie ein Toupet. Nur die Augenringe sind unübersehbar. Neben der Müdigkeit hat er auch einen Husten von einer Auslandsreise mitgebracht. Für Kerry ist der Saal, in dem der Auswärtige Ausschuss tagt, eine Art politisches Wohnzimmer. 1971 hat er hier gegen den Vietnamkrieg Stellung bezogen, nachdem er für seinen Dienst als Kommandant eines Patrouillenbootes im Mekongdelta mit hohen Tapferkeitsorden ausgezeichnet worden war. Später führte er vier Jahre lang den Vorsitz des Gremiums. An diesem Dienst-



**Vermittler Kerry auf dem Militärflughafen von Washington, D. C.:** Über 300 000 Flugmeilen innerhalb von zwölf Monaten

tagmorgen setzen die Republikaner Kerry unter Druck.

„Ich habe den Eindruck, dass unsere Außenpolitik außer Kontrolle geraten ist“, sagt ein Abgeordneter aus Idaho.

„Man muss einfach enttäuscht sein von unserer Tätigkeit“ in Syrien, sagt ein Abgeordneter aus Tennessee.

Dann meldet sich John McCain zu Wort, der große alte Mann der Republikaner, der eigentlich immer militärisch eingreifen möchte, egal wo und gegen wen. McCain fordert Waffen für die Ukraine und zitiert Präsident Theodore Roosevelt, der die USA Anfang des 20. Jahrhunderts zur Weltmacht erhob. „Sprich sanft und halte einen großen Knüppel in der Hand“, sagt McCain. „Sie reden stark daher, aber Sie führen nur einen dünnen Zweig bei sich.“

Die Auseinandersetzung darüber, wohin die Weltmacht Amerika driftet, zählt zu den großen Debatten in Washington. Sie wird von Konservativen wie dem Politikwissenschaftler Robert Kagan betrieben, der unlängst vor dem „Zusammenbruch der Weltordnung“ warnte. Eine Großmacht dürfe nicht in Rente gehen, nur Amerikas Überlegenheit könne „die Büchse der Pandora“ geschlossen halten. Das Magazin *Foreign Policy* beschreibt in seiner jüngsten

Ausgabe eine „Renaissance des Nationalen“ in Amerika und stellt die Frage, ob die Nation ihren Zenit überschritten habe.

Die USA sind die einzige Supermacht, aber sie sind auf der Suche nach einer neuen außenpolitischen Identität. Das Land ist zerrissen zwischen einer Stimmung, die Kagan „Weltmüdigkeit“ nennt, und Sehnsucht nach der einstigen Bedeutung.

Obama ist ein Präsident des „Retrenchments“, wie die Amerikaner ihren außenpolitischen Rückzug nennen. Man kann „Retrenchment“ mit Einschränkung, Einsparung oder Abbau übersetzen. Obama hat Syrien nicht bombardiert, Bodentruppen im Irak abgelehnt und nicht eingegriffen, als Russland die Krim annektierte. „Wir befinden uns nicht länger im Kalten Krieg, es gibt kein ‚großes Spiel‘ mehr, das es zu gewinnen gilt“, sagt Obama, wenn er über die US-Außenpolitik spricht. „Dass wir den besten Hammer haben, bedeutet nicht, dass jedes Problem ein Nagel ist.“ John Kerrys Auftrag ist es, eine wirksame Außenpolitik ohne Hammer zu entwickeln.

„Der Präsident schätzt Kerrys unermüdete Arbeitsethik und seine Bereitschaft, diplomatische Risiken einzugehen“, sagt Obamas Vize-Sicherheitsberater Ben Rhodes. Diese Qualitäten passten „in eine

Zeit, in der Diplomatie ins Zentrum unserer Außenpolitik gerückt ist“.

In den ersten zwölf Monaten seiner Amtszeit ist Kerry über 300 000 Meilen um die Welt geflogen, mehr als jeder andere US-Außenminister vor ihm. Er war auf Staatsbesuch in China, dann in Afghanistan, um im Streit um den Wahlausgang zu schlichten. Dann flog er am Wochenende des WM-Finales von dort weiter nach Wien, um über das iranische Atomprogramm zu verhandeln und mit dem deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier über die Spionageaffäre zu diskutieren. Wenig später reiste er in den Nahen Osten, um das Blutvergießen zu beenden.

Kerry ist jetzt 70 Jahre alt, er hat Häuser in Boston und Washington, ein Anwesen bei Pittsburgh und einen Sommersitz auf Nantucket. Seine Frau Teresa Heinz hat einen Teil des Vermögens aus dem Heinz-Ketchup-Imperium geerbt, ihr Besitz wird auf mindestens eine halbe Milliarde Dollar geschätzt. Das Ehepaar reist in einer eigenen Gulfstream und wird von einem Koch begleitet. Kerry könnte mit seinen Enkeln segeln gehen und das Leben genießen.

Stattdessen hetzt er von einem Krisenherd zum anderen. Sein Büro vergibt



24. Juni, Arbil: Kerry mit Kurdenpräsident Masud Barzani



27. Juni, Dschidda: Kerry mit dem saudi-arabischen König Abdullah



23. Juli, Ramallah: Kerry mit Palästinenserpräsident Abbas



23. Juli, Tel Aviv: Kerry mit Israels Premier Netanjahu

Termine nur noch spontan. Und trotz dieses enormen Pensums wirkt Kerry, als hätte er seine Bestimmung gefunden. „Ich habe nicht die geringste Ahnung, wie er das alles schafft“, sagt David McKean.

McKean ist Kerrys Planungschef, sein Büro liegt im siebten Stock des State Department. Römische Säulen rahmen den goldlackierten Fahrstuhl ein. Nach rechts geht es durch eine Sicherheitsschleuse in Kerrys Flügel, links liegt McKears Büro. Die beiden kennen sich, seit Kerry ein junger Staatsanwalt in Massachusetts war; seit 1987 arbeitet McKean für ihn, als Büroleiter im Senat, dann im Wahlkampfteam.

Kerrys Rolle sei eine andere als die seiner Vorgängerin Hillary Clinton, sagt McKean. Als diese 2009 antrat, habe sich das Ansehen der USA auf einem historischen Tiefpunkt befunden. Clintons Mission sei daher Wiedergutmachung gewesen. Kerry, sagt McKean, könne darauf aufbauen, er stehe für die zweite Phase nach den Bush-Jahren: für den Versuch der Gestaltung von Weltpolitik mit anderen Mitteln, ohne militärische Invasionen und Waterboarding. „Kerry kennt in fast jedem Land den Regierungschef oder den Außenminister persönlich“, sagt McKean. „Er macht sich diese Kontakte zunutze, er ist der richtige Mann zur richtigen Zeit.“

Eine Art globaler Missionar zu sein, das war schon immer Kerrys Selbstverständnis. Als junger Senator flog er nach Manila,

um die Wahlen zu beobachten; in Nicaragua rang er den Sandinisten Zugeständnisse ab; später spürte er den Verwicklungen des panamaischen Diktators in den Drogenhandel nach. Kerry überzeugt Menschen durch Charme, Hartnäckigkeit und Erfahrung, er hält für jeden Gast eine Anekdote bereit und eine Umarmung. „Er glaubt, dass er den Unterschied ausmachen kann“, sagt Douglas Frantz, einer seiner Unterstaatssekretäre.

Deshalb bemüht sich Kerry auch so sehr um Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern, obwohl Obama daran bereits vor vier Jahren gescheitert war. Der Versuch zu vermitteln „ist in unserer DNA als Land und in unserer DNA als Freund Israels“, sagte Kerry zum SPIEGEL, bevor er zu seiner jüngsten Nahostmission aufbrach. Er bereue nicht, es versucht zu haben. „Ich glaube, dass jeder versteht, dass die Parteien eines Tages, an einem bestimmten Punkt, zum Friedensprozess zurückkehren werden, weil es der einzige Weg ist, jemals dauerhaft Frieden, Sicherheit und Stabilität zu erreichen.“

Zu Kerrys Taktiken gehört, dass er seinen Gesprächspartnern den Eindruck vermittelt, Amerika sei ihr „best friend forever“. Aber dieses Konzept funktioniert spätestens seit der NSA-Affäre nicht besonders gut, und es reicht erst recht nicht bei so verfahrenen Konflikten wie dem zwischen Israel und den Palästinensern.

Ramallah, ein Tag im Mai 2013. Kerry hat mit dem israelischen Premier Benjamin Netanjahu und dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas gesprochen, es ging um die Bedingungen für eine Einigung der beiden Seiten im Friedensprozess. Jetzt hat er eine spontane Idee. Er lässt seine Delegation in Ramallah stoppen und stürmt in einen Schawarma-Laden, die Bedienung eilt heran, große Aufregung. Kerry, im dunklen Anzug mit erdbeerroter Krawatte, bestellt ein Truthahn-Schawarma, gegrillte Fleischstückchen im Brot. „Mann, ist das gut“, seufzt er beim Essen.

Es ist Kerrys Art, auf Menschen zuzugehen, aber das Echo von Ramallah ist unerwartet. Die Republikaner werfen ihm vor, einseitig Partei zugunsten der Palästinenser ergriffen zu haben. Die Israelis rügen, Kerry habe sich wie ein Erlöser aufgespielt. Der Schawarma-Diplomat, so spotten sie seitdem über ihn.

Während der Hochphase der Friedensverhandlungen im vergangenen Jahr telefonierte Kerry beinahe täglich mit seinen Gesprächspartnern im Nahen Osten, oft frühmorgens oder spätabends aus seiner Villa in Georgetown, über eine verschlüsselte Leitung. Aber wenn Kerry unterwegs war und es schnell gehen sollte, nutzte er manchmal auch ein normales Telefon.

Ein Großteil dieser Gespräche, die über Satelliten liefen, wurde von mindestens zwei Geheimdiensten abgehört, darunter

FOTOS: BRENDAN SMIALOWSKI / NEW YORK TIMES / LAIF (L.O.); CHARLES DHARAPAK / NEW YORK TIMES / LAIF (L.U.); AFP (R.U.)

von den Israelis, das bestätigen mehrere Quellen aus Geheimdienstkreisen dem SPIEGEL. Wahrscheinlich hörten auch die Russen und die Chinesen mit. Dadurch wussten die Israelis oft präzise, was Kerry mit der anderen Seite besprochen hatte. Kerry kannte das Risiko, aber er wollte Ergebnisse, ihm waren die persönlichen Gespräche wichtiger als die Bedenken der Sicherheitsleute. Sowohl Israelis als auch das State Department wollen sich dazu nicht äußern.

Den Israelis halfen die Mitschnitte, Kerrys diplomatischen Balanceakt zu durchschauen – und je länger er als Vermittler wirkte, desto heftiger wurden ihre Attacken. Kerry sei „besessen“, er trete auf wie ein Messias, giftete Verteidigungsminister Mosche Jaalon Anfang dieses Jahres. „Das Einzige, was uns retten kann, ist, wenn Kerry den Friedensnobelpreis gewinnt und uns in Ruhe lässt.“

Effektive Außenpolitik bestehe aus einer klugen Mischung von „soft power“ und „hard power“, sagt Daniel Hamilton von der Johns Hopkins University in Washington. Bill Clinton habe das in den Neunzigerjahren meisterhaft vorgeführt. Aber Kerry lebe im Flugzeug, er verbringe die meiste Zeit mit der Lösung akuter Krisen. „Was dabei zu kurz kommt, ist eine strategische Vision. Und er hat es mit einem Präsidenten zu tun, der sich hauptsächlich innenpolitischen Themen widmet.“

Kerry ist ein Außenpolitiker alter Schule, er sieht Amerikas Rolle als die eines Hegemons und globalen Schlichters, im Zweifel auch als Weltpolitiker. Obama schaut mit anderen Augen auf die Welt, er will sich nicht überall einmischen, er ist eher ein Innenpolitiker.

In der Syrien-Krise wurden diese beiden Weltsichten besonders sichtbar. An einem Freitag Ende August 2013 trat Kerry im State Department vor die Kameras und hielt eine leidenschaftliche Rede gegen den syrischen Einsatz von Chemiewaffen. Er wisse, dass die Amerikaner kriegsmüde seien, „aber Müdigkeit enthebt uns nicht unserer Verantwortung“, sagte er. Es gehe um die Einhaltung des Versprechens, dass „die abscheulichsten Waffen der Welt nie wieder gegen die schutzlosesten Menschen der Welt eingesetzt werden dürfen“. Es waren die Worte eines Feldherrn, sie klangen, als hätte Kerry soeben den Feuerbefehl für ein paar Mittelstreckenraketen erteilt.

Am Abend lud Obama seine Berater ins Oval Office und teilte ihnen mit, es werde keine Luftschläge geben, solange der Kongress nicht zustimme. Die Militäroption war damit vom Tisch. Kerry sah aus wie einer, der vorgeprescht und nun von seinem Chef zurückgepfiffen worden ist. Beratern hatte sich Obama mit Kerry nicht, er rief ihn lediglich an, um seine Entscheidung zu verkünden. Trotzdem verteidigte

Kerry die Entscheidung danach, als wäre es seine eigene gewesen.

Die beiden verbinde eine „enge Beziehung“, sagt Obamas Berater Ben Rhodes, aber es ist keine Freundschaft. Dabei kennen sie sich schon lange. Man kann sogar sagen, dass Kerry Obama entdeckt hat. Als Kerry vor zehn Jahren für das Präsidentenamt kandidierte, bat er einen weitgehend unbekanntem demokratischen Politiker aus Illinois, beim Nominierungsparteitag zu reden. Der Auftritt machte Barack Obama weltberühmt. Doch Kerry verlor die Wahl und durchlitt eine Phase der Depression, über die David McKean sagt, es sei „eine grobe Untertreibung, sie als tiefe Enttäuschung zu bezeichnen“.

Obama bedankte sich bei Kerry für die Chance, die dieser ihm gegeben hatte, aber er machte Hillary Clinton zu seiner Außen-



**Politiker Kerry mit Ehefrau Teresa und Enkel**  
„Man muss es immer weiter versuchen“

ministerin. Ihre Nachfolgerin sollte dann Susan Rice werden. Kerry ist nur Außenminister, weil Rice irreführende Aussagen über den Angriff auf das US-Konsulat in Libyen 2012 machte und damit politisch angreifbar wurde.

Das Verhältnis der beiden Männer lässt sich mit einer Begegnung aus dem Oktober 2012 beschreiben. Es war die Hochphase des Präsidentschaftswahlkampfes, und Obama wollte mit Kerry ein wichtiges Fernsehduell üben. Kerry sollte Mitt Romney darstellen, den republikanischen Herausforderer. Das Duell fand in einem Hotelsaal in Virginia statt, die Berater hatten Kerry gebeten, Obama möglichst oft beim Reden zu stören.

Kerry argumentierte scharfsinnig, trieb den Präsidenten vor sich her und fiel ihm so lange ins Wort, bis Obama fauchte, er

wolle nicht dauernd unterbrochen werden. Schließlich stand Obama auf und verließ den Saal. Kerrys Verhalten war anmaßend, das war die Botschaft. Kerry hat für Obama zwar eine Funktion, aber er zählt nicht zu seinem engen Führungskreis.

Angesichts der Krise im Nahen Osten hat Kerry keine Zeit für ein Treffen, aber er bietet an, schriftlich Fragen zu beantworten. Eine der Fragen ist, ob es eine Welt geben könne, in der jemand anders Amerikas Rolle übernehme, China etwa.

„Niemals“, antwortet der Außenminister, „und niemand erwartet von den USA etwas anderes, als zu führen.“ Er vergleicht die aktuelle Situation mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion, er sagt: „Damals haben auch viele Menschen gedacht, Amerika solle den Frieden genießen und sich zurückziehen.“ Aber es sei ein Moment gewesen, der Amerikas Führung erfordert habe, ähnlich sei es heute, in einer Welt, die „ungemein kompliziert“ sei und „mehr und nicht weniger Engagement erfordert“.

Ob der Verzicht auf militärische Gewalt Amerikas internationalen Einfluss gemindert habe? Kerry antwortet, die Prämisse sei falsch: Die USA würden noch immer mit Gewalt drohen, er nennt als Beispiele die Einigung über die syrischen Chemiewaffen und das Bombardement in Libyen, um die Menschen vor dem angedrohten Gemetzel durch das Regime zu schützen.

Amerikanische Politik gleicht einem Hollywoodfilm, Geschichte wird vom Ende her geschrieben, immer gibt es einen Gewinner und einen Verlierer. Sollte Kerry eine Einigung mit Iran oder zwischen Israelis und Palästinensern erreichen, wird er als Held in die Geschichte eingehen. Aber wenn er nichts erreicht, könnte er zu einem Symbol für den außenpolitischen Niedergang der USA werden. Vielleicht ist die große Zeit amerikanischer Dominanz vorbei, vielleicht beginnt danach ein neues Kapitel der Geopolitik. Das kann eine Chance sein, auch wenn die Konservativen davor Angst haben.

Bei seinem Auftritt im Auswärtigen Ausschuss haben die Republikaner den Außenminister eine Stunde lang befragt, aber Kerry ist souverän geblieben. Am Ende dreht er sich nach rechts und schaut John McCain direkt an. Die beiden kennen sich seit 30 Jahren, beide haben in Vietnam gekämpft und sich um das Präsidentenamt beworben, beide sind gescheitert.

„Ihr Freund Teddy Roosevelt“, sagt Kerry zu McCain, „hat auch gesagt, dass der Lohn denen gehört, die auf dem Spielfeld etwas zu erreichen versuchen.“



**Animation: Die Akte**  
**John Kerry**

[spiegel.de/app322014kerry](http://spiegel.de/app322014kerry)  
oder in der App DER SPIEGEL